



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886090

P/XIII/292 - 23. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Vor der Bewährung Von Erick Oilerhauer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands <u>(Sperrfrist bis 30.12.1958, 24 Uhr)</u>	106
4 - 5	Chruschtschows Siebenjahres-Plan Wirtschaftlicher Hintergrund der Sowjetpolitik	58
6	Milliarden-Projekt in Mittel-Osten Zur Finanzierung des Assuan-Staudammes	34
7	Bittere Pille für die Bonner CDU-Führung Nachklang zum Wahlausgang in Hessen	35

* * *

Zur Beachtung!

Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe am Samstag, den 27. 12. 1958, einen Artikel des ehemaligen Botschafters in Neu-Delhi und jetzigen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Meyer: "Unser Verhältnis zur Sowjetunion".

* * *

Vor der Bewährung

Von Erich Ollenauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Tage um Weihnachten und Neujahr, die den Menschen Zeit zur Besinnung geben, gewähren auch der Politik eine Atempause. Sie wird jedoch diesmal sehr kurz sein, denn schon am Anfang des neuen Jahres wird die Aufgabe zu lösen sein, den sowjetischen Berlin-Vorstoß in der richtigen Art und Weise zu beantworten. In der richtigen Art und Weise zu beantworten heisst, sich so zu verhalten, dass die Freiheit der 2 1/2 Millionen Menschen in Berlin erhalten bleibt und den Verhandlungsrahmen so weit zu strecken, dass wir endlich zu einer politischen Lösung der krisenhaften Situation in Mitteleuropa kommen.

Denn eines haben uns die letzten Tage und Wochen klargemacht: Es gibt im gegerwärtigen Zustand keine militärische Lösung der offenen Fragen zwischen Ost und West. Die Atomkräfte mögen noch so viel Bomben und Raketen herstellen, sie mögen ihre A- und H-Bomben-Vorräte ins Ungemessene steigern, sie werden nichts erreichen, es sei denn die Zerstörung dieser Welt. Der neueste erfolgreiche Versuch der Amerikaner mit der Atlas-Rakete ist wissenschaftlich und technisch zu bewundern. Man soll auch nicht die militärische Bedeutung verkennen, die in diesem gelungenen Versuch liegt. Eine Lösung der politischen Probleme bringt aber auch er nicht. In dem atemberaubenden Wettlauf, der immer noch stärkere, immer noch grössere und immer noch lebensbedrohendere Waffen hervorbringt, mag die eine oder die andere Seite zeitweise eine Masenlänge voraus sein. Letzten Endes wird sie daraus einen militärischen Gewinn nicht ziehen können, denn die Vorräte an atomaren Waffen reichen nach Auskunft aller Fachkundigen schon heute aus, um sich gegenseitig den Todesstoss zu versetzen.

Aus dem Weltall ist von der neuen Atlasrakete die Stimme des amerikanischen Präsidenten zu uns gedrungen, die den Frieden wünscht und sich an alle wendet, die guten Willens sind. Wir sollten diese Stimme ernstnehmen, wie wir auf der anderen Seite auch denen im Osten glauben sollten, dass auch sie, die im letzten Krieg so viel Schreckliches erlebt haben, den Krieg verabscheuen.

Wir wissen, dass wir Deutsche nicht den Mittelpunkt der Welt bilden und dass in unserem Lande sich nur ein Teil der Spannungen konzentriert, die zwischen Ost und West herrschen. Wir wissen aber auch, dass es gerade

auf uns ankommt, um zu unserem Teil dazu beizutragen, den Frieden zu erhalten. In dieser Hinsicht werden die nächsten Monate von entscheidender Bedeutung sein. Kurz nachdem die sowjetische Berlin-Note eintraf, waren wir Sozialdemokraten die ersten, die neben dem unerschütterlichen Bekenntnis zu Berlin dafür eintraten, die Berlin-Frage in grosse internationale Verhandlungen einzubetten, die alle Probleme europäischer Sicherheit und die Deutschlandfrage behandeln sollten. Der Mann, der in diesen Tagen das deutsche Volk zu Gemeinsamkeit aufrief, hat diesen wohlfundierten Vorschlag zunächst geringschätzig mit den Worten abgetan, dass wir den Mund halten sollen. Wir Sozialdemokraten haben das nicht getan und heute zeigt es sich, wie recht wir damit hatten. Wer die Kommuniqués der Pariser Sitzung sorgfältig liest, der wird feststellen, dass in ihnen die zuerst von der SPD unterbreiteten Vorschläge zur Behandlung des Berlin-Problems ihren Niederschlag gefunden haben, während sich heute die Gegenseite bemühen muss, die ursprünglichen Thesen von Dr. Adenauer zu verleugnen.

Nichts liegt uns ferner als stolze Rechthaberei. In diese Krise zu bannen, ist erst der erste Schritt getan worden. Jetzt wird es entscheidend darauf ankommen, in welcher Weise die Fragen der europäischen Sicherheit und die deutschen Probleme zur Debatte gestellt werden. Aus verschiedenen Meldungen ergibt sich, dass die Westmächte und die Bundesregierung dort wieder anfangen wollen zu beraten, wo man in Genf 1955 in Uneinigkeit aufgehört hat. Nimmt man also die Genfer Thesen auf, dann verlangt man die Wiedervereinigung durch freie Wahlen als ersten Schritt, dann fordert man für das aus freien Wahlen hervorgegangene Deutschland die Entscheidungsfreiheit über seinen militärischen Status, und man ist lediglich bereit, im dem Falle, in dem es sich für die NATO entscheiden sollte, den Sowjets einige Sicherheits-Garantien zuzubilligen.

Wir müssen in allem Ernst vor einer solchen Politik warnen. Sie ist schon 1955 gescheitert und sie ist in den drei Jahren, die seitdem vergangen sind, nicht besser, sondern noch überlebter geworden. Wer heute noch glaubt, dass es möglich ist, in der deutschen Frage weiterzukommen, ohne dass vorher der militärische Status eines wiedervereinigten Deutschlands in Mitteleuropa zu einer für alle akzeptablen Weise festgelegt ist, der treibt eine unrealistische Politik.

Eine solche Verhandlungsführung kann nur zum Austausch weiterer unfruchtbarer Noten führen, bei dem die Zeit verrinnt und bei dem schliesslich auch die Freiheit Berlins auf dem Spiel steht. Klammern wir uns nicht

an Tagesordnungen. 1952 in Paris im Palais Marbre Rose konnte man sich noch den Luxus leisten, drei Monate lang über die Tagesordnungen zu diskutieren und schliesslich auseinanderzugehen, weil man sich darüber nicht einigen konnte. 1958 ebenso zu verfahren, wäre eine Ver-sündigung an den Völkern. Der Westen hat die Kraft und er muss sie haben, über die Tagesordnungspunkte zuerst zu verhandeln, die sich anbieten. Über zwei Dinge sollte man dabei zuerst sprechen:

1. Wie kann man die lebensbedrohende Spannung in Mitteleuropa beseitigen, die darin ihre Ursache hat, dass in unserem Lande die beiden militärischen Machtblöcke aufeinanderstossen? Wir dürfen uns keinem Gespräch verweigern, das eine militärisch entspannte und verdünnte Zone in Mitteleuropa zum Inhalt hat und zu einem neuen Sicherheitssystem in unserer Gebiet führen soll. Das entscheidende Wort müssen hier die Politiker sprechen. Die Aufgabe der Militärs ist es dann, aus einer neuen politischen Konstellation die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.
2. Auch das Thema "Friedensvertrag" darf uns nicht schrecken, das Gespräch über Deutschland zu beginnen. Dieser Vorschlag ist ja nicht nur eine Erfindung der Sowjetregierung. Sie ist von Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier (CDU) zuerst in diese Debatte geworfen worden. Wir haben das Recht und die Pflicht, uns dabei auf das sowjetische Aide Memoire vom März 1958 zu berufen, in dem ausdrücklich zugesichert worden ist, dass die Sowjetunion nur an einen Friedensvertrag mit einem Deutschland denkt. Hier sollten wir die Sowjetunion beim Wort nehmen und ohne langen Streit über die Grundsätze eines Friedensvertrages zu beginnen.

Die grosse Aufgabe der Politik des Jahres 1959 wird es sein, mit politischen Mitteln die Freiheit Berlins zu erhalten. Das bedingt die Bereitschaft, die Frage der Abrüstung und der europäischen Sicherheit als wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unter allen Aspekten in ernsthafte Verhandlungen zwischen West und Ost zur Diskussion zu stellen. Nur dann besteht die begründete Aussicht und Hoffnung, dass das Jahr 1959 ein Jahr der Entspannung und des Friedens wird.

(Bitte Sperrfrist beachten!)

Chruschtschows Siebenjahres-Plan

W.R. Das Rätselraten über die Gründe für Chruschtschows Berlin-Vorstoss hält in der westlichen Welt unvermindert an. Die meisten Überlegungen darüber, was den Machthaber im Kreml zu seiner jetzigen Politik veranlasst haben könnte, führen zu wirtschaftlichen Motiven. Die Sowjetunion will einen gewaltigen Plan zur Verbesserung und Vergrößerung ihrer Industrie und Landwirtschaft durchführen. Bevor sie jedoch diesen Plan in Angriff nimmt - so sagt man - will sie ausserpolitische Hypotheken abstossen. Hierfür bieten sich aus der Sicht Moskaus zwei Möglichkeiten: Entweder völlige "Abdichtung" des sowjetischen Machtbereiches mit der "Liquidierung" Berlins, oder die Schaffung eines "Cordon sanitaire" zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Einflusszone mit militärischem "Disengagement" in Mitteleuropa.

Das Ausmass des sowjetischen Planvorhabens zeigt, dass Moskau alle Kräfte auf dieses eine Ziel konzentrieren muss, wenn es wirklich den Lebensstandard der "kapitalistischen Welt" einholen will. Lassen wir die Zahlen des Plans sprechen:

Die Kontrollziffern für den Plan sehen vor, dass die Rokokoproduktion bis 1965 auf ca 70 Mio to gesteigert werden soll. (1956 ca 36 Mio to) während die Chemie-Industrie auf das 2,8fache vergrößert werden soll. Über 140 Chemiebetriebe sollen neu errichtet werden. Die Erdölförderung soll, mehr als verdoppelt, auf 240 Mio to ansteigen. Die Steigerung der Elektro-Energieerzeugung, die neben der Kohle und Erdölförderung, die Voraussetzung für das Gelingen des Planes bildet, soll bis 1956 auf etwa 520 Mrd.kWh erhöht werden. (1957 ca 210 Mrd.kWh) Gemäss der Leninschen Formel: Sozialismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung, wird die Technifizierung in Industrie und Landwirtschaft rapide vorwärtsgetrieben.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet wird angestrebt, die Bruttoproduktion um 70 Prozent zu steigern. Grosse Investitionen sind dazu erforderlich. So sollen u.a. eine Million Traktoren und 400 000

Mähdrescher innerhalb der nächsten sieben Jahre der Landwirtschaft neu zugeführt werden. Die Getreideerzeugung soll auf 180 Mio to erhöht werden. (1956 ca. 61 Mio to.)

In den kommenden sieben Jahren werden ebenso viel finanzielle Investitionen vorgenommen, wie in den bisher vergangenen 41 Jahren, seit Bestehen der Sowjetunion, zusammen. Daran kann die Grösse des Planvorhabens abgelesen werden.

Die enormen Steigerungen bringen naturgemäss eine Strukturwandlung des Sozialgefüges mit sich. So soll die Zahl der Arbeiter und Angestellten nach dem neuen Plan um 21 %, auf 66 Millionen, ansteigen. Die Erweiterungen des industriellen Sektors fordern eine erhebliche Erweiterung des Wohnungsbaus. Insgesamt sollen bis 1965 ca. 22 Millionen neue Wohnungen gebaut werden.

Der Arbeiterschaft in Industrie und Landwirtschaft wird zugesichert, dass auch ihr Realeinkommen um etwa 40 Prozent gesteigert werden soll. Arbeitszeitverkürzungen und Fünftagewoche sind in Aussicht gestellt. Ziel des Planes ist, bis 1970 die pro-Kopf-Produktion sowie den absoluten Umfang der amerikanischen Produktion zu überholen. Bei kritischer Einschätzung und manchen Vorbehalten zu dem Plan kann gesagt werden, dass bei gleichbleibenden industriellen Zuwachsraten in Amerika und in der Sowjetunion Aussicht besteht, den Plan im wesentlichen zu erfüllen. (Nach sowjetischen Angaben beträgt die jährliche industrielle Zuwachsrate für die letzten 40 Jahre: SU ca. zehn Prozent, Amerika ca. drei Prozent.)

Es ist kaum anzunehmen, dass Chruschtschow Illusionen nachjagt. Je früher sich der Westen also auf die Realitäten einstellt und erkennt, dass die Sowjetunion in absehbarer Zeit zur grössten Industriemacht aufgestiegen ist, desto eher werden auch die nötigen politischen Konsequenzen gezogen werden können.

Milliarden-Projekt in Mittel-Osten

sp - In den Vereinigten Staaten scheint sich nach monatelangen Diskussionen an höchster Stelle die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß man eine neue Politik im mittleren Osten entwickeln müsse. Nach der von Frankreich und England ausgelösten Suez-Abenteuer, bei dem sich die USA als Vermittler erwiesen hatten, ist die amerikanische Geheimdiplomatie nicht untätig geblieben. Nasser hat erkennen lassen, daß er durchaus damit einverstanden sei, wenn sich westliche Staaten neben der Sowjetunion an der Finanzierung des Baues des Assuan-Staudammes beteiligen. Gerade in diesen Tagen erfolgen die entsprechenden Abschlüsse und es sieht ganz so aus, als ob mehrere große westliche Firmen mit erheblichen Kapitalien "einsteigen" werden. Für die Bundesrepublik wird die Summe von 200 Millionen DM genannt. Außerdem spricht man von schweizer, englischen und schwedischen Beteiligungen, deren vorläufiges Zögern nach bereits in Aussicht gestellten amerikanischen Bürgschaften bald überwunden sein dürfte.

Wenn das Finanzierungsprojekt der westlichen Staaten perfekt wird, dürften in Kürze sowjetische und westliche Ingenieure und Konstrukteure ein gemeinsames Aufbauprogramm in Ägypten beginnen.

Der politische Hintergrund dieses riesigen Finanzierungsprojektes - die Sowjetunion wird sich voraussichtlich mit 400 Millionen Dollar beteiligen - ist das gleichzeitige Interesse Moskaus und Washingtons, den mittleren Osten zu neutralisieren. Maßgebliche Kreise der USA haben in letzter Zeit auch in Israel darauf hingewirkt, daß die Spannungen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und Israel abgebaut werden. Es scheint so zu sein, als habe sich Washington damit abgefunden, daß der mittlere Osten militärisch und politisch weder dem östlichen noch dem westlichen Machtbereich angeschlossen wird.

Sehr weitblickende Amerikaner wollen ganz offensichtlich erreichen, daß die Vereinigte Arabische Republik - möglichst zusammen mit Israel - ein Stabilisierungsfaktor mit solcher politischer und wirtschaftlicher Fundamenten in diesem Wetterwinkel der internationalen Politik wird. Das Milliardenprojekt des Assuan-Staudammes dürfte nur der Anfang eines riesigen wirtschaftlich-politischen Unternehmens sein, bei dem sich Ost und West gleichermaßen mit dem Ziel der Stabilisierung des Mittel-Ostens einverstanden erklären.

Bittere Pille für die Bonner CDU-Führung

sp - Eine bittere Pille hat der Bundeskanzler einige Tage vor Weihnachten noch hinnehmen müssen. Sie wurde ihm nicht von seinen politischen Gegnern verabreicht, sie kam von eigenen Parteifreunden, von der CDU aus Hessen. Für die hessische CDU ist der Wahlkampf, den der sozialdemokratische Ministerpräsident Georg August Zinn haushoch gewann, noch nicht ganz vorbei, es gibt für sie noch einige Blüternisse und Verärgertagen auszuräumen. Sie richten sich nicht, wie man vermuten könnte, gegen den Sieger bei diesen Landtagswahlen, sondern gegen die CDU-Führung in Bonn, für die verantwortlich der Bundeskanzler zeichnet.

Was war geschehen? Die hessische CDU gibt die Schuld für die Nichterfüllung ihrer so hoch gespannten Erwartungen vom 23. November dieses Jahres den "Bonnern"; diese hätten - vor allem Dr. Adenauer - mit ihrem Eingreifen den Wahlkampf "mehr belastet als gefördert". Sicherlich hat Bonn die Mentalität der nüchternen Hessen, die zwischen Demagogie und Wahrheitsliebe, zwischen einer guten und einer schlechten Landespolitik, zwischen dem, was sie unter Ministerpräsident Zinn auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet erreichten und dem, was ihnen ein Dr. Adenauer in seinen wilden Wahlreden versetzte, zu entscheiden wissen, weit verkannt. Seit dem Zusammenbruch 1945 steht Hessen unter sozialdemokratischer Führung; ihr mangelnde Liebe zu Volk und Vaterland vorzuwerfen, war auch vom Standpunkt der CDU eine reine Torheit. Die hessische CDU hielt sich denn auch von derartigen Torheiten und Anpöbeleien zurück, sie führte wohl einen harten, aber zugegebenerweise auch fairen Wahlkampf - genau dieses politisch ehrenhafte Verhalten brachte ihr den Erfolg und die Enttäuschung der Bonner CDU-Spitze bei der Manöverkritik nach den Wahlen ein.

Der CDU-Chef und Bundeskanzler kann es eben nicht überwinden, dass sein Nimbus als das beste Zugpferd seiner Partei in Hessen - und nicht nur in Hessen, auch in Bayern und zuletzt in Berlin - an Glanz verlor. Sein Griff über die Hessen mag noch stark sein, aber er war nicht stark genug, um Hessen, Bayern und Berlin, wie es im ursprünglichen Plan lag, völlig an die Bonner Kardare zu spannen. Sein Wahlkampfteil stößt mehr Wähler ab als er anlockt. Das ist eine bittere Erkenntnis für ihn, umso bitterer, als diese ihm von den hessischen Parteifreunden nicht voranthalten wurde.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel